



Niederschrift

Finanzausschuss

20. Wahlperiode – 117. Sitzung

Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss

20. Wahlperiode – 73. Sitzung

am Donnerstag, dem 27. November 2025, 9 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Christian Dirschauer (SSW), Vorsitzender
Claus Christian Claussen (CDU), Vorsitzender Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss
Michel Deckmann (CDU)
Peer Knöfler (CDU)
Ole-Christopher Plambeck (CDU)
Rasmus Vöge (CDU)
Oliver Brandt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Dirk Kock-Rohwer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lasse Petersdotter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Birgit Herdejürgen (SPD)
Beate Raudies (SPD)
Dr. Bernd Buchholz (FDP)
Annabell Krämer (FDP)
Sybilla Nitsch (SSW)

Abwesende Abgeordnete

Fehlende Abgeordnete

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

| Tagesordnung: | Seite |
|---|----------|
| 1. Verwendung der noch verfügbaren Mittel aus der Northvolt-Wandelanleihe..... | 5 |
| Vertrauliche Vorlage des Wirtschaftsministeriums | |
| Vertraulicher Umdruck <u>20/5597</u> | |
| hierzu: Umdrucke <u>20/5508</u> , <u>20/5536</u> | |
| 2. Verschiedenes..... | 8 |

Der Vorsitzende, Abgeordneter Dirschauer, eröffnet die Sitzung um 9:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit der Ausschüsse fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Nach § 17 Absatz 2 der Geschäftsordnung beschließt der Wirtschaftsausschuss einstimmig, folgende Umdrucke vertraulich zu behandeln und die Inhalte geheim zu halten: Umdrucke [20/5594](#) und [20/5597](#) (Northvolt-Wandelanleihe), [20/5620](#) (ItzehoeNextGen).

Ebenso beschließt der Finanzausschuss einstimmig die Vertraulichkeit der Umdrucke [20/5597](#), [20/5620](#) sowie [20/5546](#) (Verwaltungsvereinbarung Bad Segeberg), [20/5586](#) (Gerechtskosten MLLEV) und [20/5606](#) (Flächenverkauf Brunsbüttel).

Abgeordnete Raudies hinterfragt die Einstufung des vertraulichen Umdrucks [20/5578](#) (Haushalt 2026, Antworten zu EP 06). Es gehe um ihre Bitte um die Übersendung der Übersicht der Teilnehmenden am sogenannten Nordwärts-Dinner ([Umdruck 20/5480, Seite 59](#)). – Herr Rosenthal, Beauftragter für den Haushalt des Wirtschaftsministeriums, begründet die Vertraulichkeit damit, dass es sich um personenbezogene Daten handele und die Betroffenen vor der Veranstaltung nicht um Einwilligung gebeten worden seien, die Daten weiterzugeben. Die Einstufung sei erfolgt, um möglichst schnell antworten zu können, ohne die Einwilligung zunächst nachträglich einholen zu müssen. – Abgeordnete Raudies geht davon, dass wegen der staatlichen Finanzierung und des öffentlichen Charakters sowohl der einladenden Institutionen als auch der Veranstaltung die Gründe für eine Veröffentlichung überwiegen.

Die Ausschüsse vertagen den Beschluss über die Vertraulichkeit des Umdrucks [20/5578](#), da Abgeordnete Raudies die Landesregierung und den Wissenschaftlichen Dienst um Prüfung bis zum 4. Dezember 2025 bittet, ob die Einstufung angemessen ist.

1. Verwendung der noch verfügbaren Mittel aus der Northvolt-Wandelanleihe

Vertrauliche Vorlage des Wirtschaftsministeriums
Vertraulicher Umdruck [20/5597](#)

hierzu: Umdrucke [20/5508](#), [20/5536](#)

(Dieser Tagesordnungspunkt wird gemäß Artikel 23 Absatz 3 Satz 3 der Landesverfassung und § 17 Absatz 2 der Geschäftsordnung teilweise nicht öffentlich und vertraulich beraten)

Finanzstaatssekretär Rabe leitet ein, Wirtschaftsminister Madsen habe mit Schreiben vom 25. November 2025, Umdruck [20/5597](#) (vertraulich), darauf hingewiesen, dass der erbetene Beschluss dringlich bis 4. Dezember zu fassen sei, und er sich auf die Auskünfte von Bundeswirtschaftsministerium und KfW stütze. Für die heutige Beratung begleiteten ihn die Fachlichkeit aus dem Wirtschaftsministerium und die von der Landesregierung betraute Kanzlei, um den Sachverhalt gut darzulegen. Die Kenntnisnahme und Beschlussfassung könnten in einer weiteren Sitzung erfolgen. Die Details der Thematik seien vertraulich zu beraten.

Abgeordneter Dr. Buchholz erklärt erstens, er halte es nicht für angezeigt, erneut insgesamt nicht öffentlich zu beraten, denn alle Planbeteiligten im StaRUG-Verfahren verfügten vermutlich ohnehin über alle Informationen. Zwar sei das Verfahren grundsätzlich nicht öffentlich, doch gehe es hier um die Verwendung von Steuergeldern in dreistelliger Millionenhöhe. Eine intransparente, „geheimniskrämerische“ Behandlung des Themas lehne er ab. Diese Erklärung solle im Protokoll festgehalten werden.

Zweitens besteht Abgeordneter Dr. Buchholz darauf, in öffentlicher Sitzung anzusprechen, dass die aktuelle Beratung auf einer dem parlamentarischen Verfahren völlig unangemessenen Informationsgrundlage stattfinde. Dies werfe er nicht der Landesregierung vor, da diese offensichtlich selbst von der Bundesregierung über die entsprechenden Vorgänge nicht mehr informiert werde. Er bitte die Landesregierung, gegebenenfalls unter Ausnutzung aller rechtlichen Mittel die Einhaltung der Verwaltungsvereinbarung gegenüber der Bundesregierung einzufordern, um das Parlament zukünftig angemessen informieren zu können.

Der Landtag habe jetzt die Verpflichtung der Bundesregierung deutlich zu machen, dass es nicht gehe, wenn ein vom Volk gewähltes Parlament ohne transparente Informationen zu Beschlüssen gebracht werden solle. Er regt an, die Ausschüsse sollten die Landtagspräsidentin

bitten, in einem Schreiben an die Bundesregierung darauf hinzuweisen, dass ein Bundesministerium bei einer parlamentarischen Beratung nicht mit Verweis auf etwaige frühere Vertraulichkeitsverstöße davon absehen könne, weiter zu informieren. Der Weg, dass das Bundesministerium Informationen mit der Landesregierung nur noch anwaltsvertraulich, also mittelbar über eine Anwaltskanzlei teile, erscheine ihm als Parlamentarier nicht geeignet, um Entscheidungen mitzutragen. Er sei nicht mehr bereit, auf dieser Basis zu beraten und zu beschließen.

Auch Abgeordneter Plambeck betont die Wichtigkeit von Transparenz. Gründe für eine nicht öffentliche Sitzung könnten trotzdem, beispielsweise angesichts von sehr sensiblen Informationen vorliegen. Gerade wenn es um Steuergeld gehe, sei eine intensive Beratung und Abstimmung des weiteren Vorgehens auch bei unternehmerischen Themen erforderlich.

Abgeordneter Petersdotter unterstreicht, dass die Behandlung der Inhalte in nicht öffentlicher Sitzung keine Geheimniskrämerei sei, sondern mit der Notwendigkeit zu tun habe, im Landesinteresse strategische Entscheidungen zu treffen, die nicht allen Beteiligten bekannt sein sollten. Auch machten Fristen mitunter zügiges Handeln erforderlich. Zugleich stimme aber er dem Abgeordneten Dr. Buchholz ausdrücklich darin zu, dass die Informationsweitergabe der Bundesregierung gegenüber den Landesorganen unzureichend sei. Das hiesige Wirtschaftsministerium mache gegenüber der Bundesregierung bereits konsequent eine abweichende Rechtsauffassung deutlich. Er unterstütze den Vorschlag, dass sich der Landtag zusätzlich selbst über die Landtagspräsidentin an die Bundesregierung wende, damit Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger umfänglich informiert würden.

Abgeordnete Raudies erklärt, sie teile vollständig die Position des Abgeordneten Dr. Buchholz in Bezug auf das Verhältnis zum Bund, die Rolle als Parlament und die Problematik der Nicht-Öffentlichkeit. Es gehe weniger um wirtschaftspolitisch-strategische Entscheidungen als um den Umgang mit diesem einzelnen Unternehmen und die Entscheidung über weitere Zahlungen aus öffentlichen Mitteln. Gegenüber den Steuerzahlenden sei höchstmögliche Transparenz geboten, um am Ende das Risiko einer Skandalisierung zu vermeiden.

Vorsitzender Dirschauer stellt fest, dass in den Ausschüssen ein breiter Konsens bestehe, die Landtagspräsidentin zu bitten, die Bundesregierung aufzufordern, eine umfängliche Informationsweitergabe zum Vorgehen bei der Wandelanleihe durch das Bundeswirtschaftsministerium

sicherzustellen. Die beiden Ausschussvorsitzenden würden sich dahin gehend bemühen; es gelte, die parlamentarischen Rechte deutlich zu betonen.

Abgeordneter Dr. Buchholz äußert sich zufrieden, dass zumindest in dem Punkt, das Informationsverhalten des Bundes so nicht hinnehmen zu dürfen, Einigkeit herrsche. Er werde sich der nicht öffentlichen Beratung nicht versperren, da das Ministerium laut seinem Schreiben nur so Auskunft geben wolle. Aus seiner Sicht sei jedoch der vertrauliche Charakter darin enthaltener Inhalte in großen Teilen nicht mehr gegeben. Er bitte die Landesregierung, dies erneut zu prüfen. Es sei davon auszugehen, dass die entsprechenden Gesellschaften durch die Verhandlung vor dem Amtsgericht in Hamburg Kenntnis über die Vorgehensweisen hätten.

Vorsitzender Dirschauer bittet um schriftliche Beantwortung der Prüfbitte an die Ausschüsse, warum die Landesregierung die Beratungsgrundlage, Umdruck [20/5597](#), vertraulich einstufe.

Abgeordnete Raudies erinnert daran, dass sie die Landesregierung schriftliche Angabe dazu gebeten habe, wie viel Geld in dem Fall bereits für rechtsanwaltliche und gutachterliche Beratung aufgewandt worden sei. – Das Wirtschaftsministerium sagt zu, die Information nachzuliefern.

Vorsitzender Dirschauer unterbricht die öffentliche Sitzung von 9:25 Uhr bis 11:25 Uhr für die nicht öffentliche und vertrauliche Beratung.

Der Tagesordnungspunkt soll am Dienstag, 2. Dezember 2025, 12 Uhr, erneut in gemeinsamer Sitzung behandelt werden.

2. Verschiedenes

Die Ausschüsse bitten die Landesregierung um Verlängerung der Akteneinsicht Northvolt bis zum 30. Juni 2026.

Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Abgeordneter Dirschauer, schließt die Sitzung um 11:30 Uhr.

gez. Christian Dirschauer
Vorsitzender

gez. Svenja Reinke-Borsdorf
Geschäfts- und Protokollführerin